



Schlagende Argumente.

# Gegen Gewalt an Frauen

**Wenn Liebe weh tut, kostet das manchmal das Leben, häufig Vertrauen und Gesundheit und immer enorm viel Geld. Eine österreichische Studie bringt die Kosten von häuslicher Gewalt auf den Punkt.**

Frau A. wird von ihrem Mann seit Jahren geschlagen. Sie entschließt sich, ihn zu verlassen und kommt in einem Frauenhaus unter. Dort wird sie ein Jahr lang betreut. Die Gewaltanwendung beeinträchtigt die Gesundheit von Frau A. massiv, sodass sie ärztliche und psychotherapeutische Unterstützung braucht und ihrer Arbeit nicht mehr nachgehen kann. Neben dem Leid der betroffenen Frauen – jede vierte bis

fünfte Frau wird im Laufe ihres Lebens Opfer von häuslicher Gewalt –, bedeutet häusliche Gewalt auch eine große finanzielle Belastung für Staat, Arbeitgeber und Opfer. Details dazu wurden 2005 in der Studie „Kosten häuslicher Gewalt in Österreich“ vom Institut für Konfliktforschung erhoben. Demnach entstehen in Österreich Kosten von 78 Millionen Euro pro Jahr als Folge von familiärer Gewalt. Real ist diese Summe sogar noch um einiges höher. „Angesichts der Tatsache, dass es für Österreich im Gegensatz zu anderen Ländern keine repräsentative Erhebung zur Gewaltbetroffenheit von Frauen und Kindern gibt, wurde für die Studie ein vorsichtiger Zugang gewählt“, erklärt die Co-Autorin der Studie Dr.<sup>in</sup> Birgitt Haller.

## LUXUS GESUNDHEIT

Erhoben wurden sowohl direkte als auch indirekte Kosten von Gewalt. Unter direkte Kosten fallen etwa jene für Interventionsstellen und Beratungseinrichtungen, Sozialarbeit, betreute Wohnformen und medizinische Behandlung, die mit fast 14 Millionen Euro pro Jahr eine der beeindruckendsten Positionen der Studie darstellt. Aber auch Kosten durch Gerichtsverhandlungen, Strafvollzug und Polizeieinsätze zählen dazu. „Das Anliegen der Studie war, die Breite des Themas darzustellen und auch auf Posten hinzuweisen, die einem nicht sofort ins Auge stechen, etwa auf Sozialhilfe, auf die nicht-erwerbstätige Frauen angewiesen sind, wenn sie ihren gewalttätigen Partner verlassen“, so Dr. Haller.

Indirekte Kosten von häuslicher Gewalt entstehen durch den Ausfall von Erwerbs- und Haushaltsarbeit. Denn ist eine Frau aufgrund der Gewaltfolgen nicht mehr in der Lage, einer Erwerbsarbeit nachzugehen, fallen Kosten für Krankenstände an. In weiterer Folge können häufige Krankenstände auch zum Verlust des Arbeitsplatzes führen. Damit entstehen Kosten für Arbeitslosengeld. Insgesamt betragen die Kosten durch den Ausfall von Arbeit über 12 Millionen Euro.

Die Studie musste mit vorsichtigen Schätzungen und teilweise nicht zugänglichen Kostenaufstellungen auskommen, weshalb als Conclusio dringend die in Österreich immer noch ausstehende repräsentative Erhebung zur Gewaltbetroffenheit von Frauen und Kindern gefordert wird. Dem schließt sich die Nationale NGO-Task Force mit einer Empfehlung an die österreichische Regierung an. Eine derartige Studie solle bis zum Ende der Europaratskampagne 2007 im März 2008 „Stoppt häusliche Gewalt gegen Frauen“ in Auftrag gegeben werden. Weiters wird gefordert, dass Unterstützungsleistungen an Frauen und Kinder als Folge familiärer Gewalt auch als solche ausgewiesen werden, um die Sensibilisierung für das Thema zu erhöhen. Das betrifft insbesondere die Jugendwohlfahrt.

## INTERNATIONALER VERGLEICH

International lassen sich die Ergebnisse von nationalen Studien über die Kosten häuslicher Gewalt nur bedingt vergleichen, weil sich die Bereiche, in denen die Kosten anfallen – etwa die Gesundheitssysteme – von Land zu Land sehr unterscheiden. Darüber hinaus sind absolute Zahlen aufgrund unterschiedlicher Preisniveaus im Länder-Vergleich nur eingeschränkt aussagekräftig. Eine im Jahr 2004 von der WHO durchgeführte Zusammenschau verschiedener Kostenstudien betont, dass familiäre Gewalt Länder mit niedrigerem Einkommen überproportional belastet. So betragen die Folgekosten häuslicher Gewalt in den USA 0,1 Prozent des Bruttonationalprodukts, in Chile hingegen 2 Prozent. Alle verfügbaren Länderstudien sind sich jedoch einig, dass die Einsparungen durch Präventionsmaßnahmen weit höher sind, als die mit den Maßnahmen verbundenen Kosten. Wenn schon nicht das Menschenrecht auf Sicherheit Frauen und Kinder vor Gewalt ausreichend schützt, mögen wenigstens derartige Kosten-Nutzen-Rechnungen dafür sorgen.

Christa Langheiter

Kosten häuslicher Gewalt in Österreich	Euro
Polizei/Sicherheitswache:	1.308.200,-
Justiz	1.330.400,-
Ausfall von Arbeit	12.293.800,-
Sozialhilfe	2.134.000,-
psych. und phys. Gesundheit	13.969.900,-
Beratungs- und Betreuungseinrichtungen	
+ gewaltbetroffene Frauen	21.513.300,-
+ gewaltbetroffene Kinder	25.807.600,-
<b>GESAMTKOSTEN PRO JAHR</b>	<b>78.357.200,-</b>



Diplomsozialarbeiterin Rosa Logar

# Gewalt ist keine Lösung!

**In den letzten Jahren wurden österreichweit wichtige Maßnahmen für einen gezielten Opferschutz gesetzt. Dennoch ist der für Frauen gefährlichste Ort nach wie vor die eigene Familie, weiß die Geschäftsführerin der Wiener Interventionsstelle und Obfrau des Vereins Autonome Österreichische Frauenhäuser, Diplomsozialarbeiterin Rosa Logar aus 30-jähriger Erfahrung.**

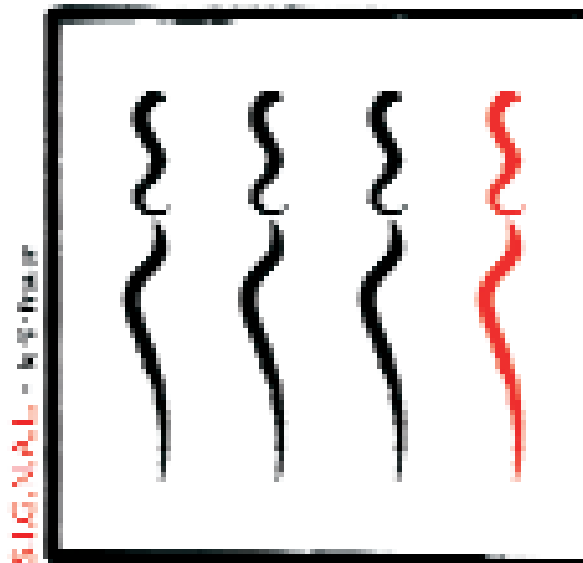
Rund 2.000 Frauen finden jährlich in den 29 österreichischen Frauenhäusern Zuflucht und können sich dort während ihres durchschnittlich zweimonatigen Aufenthaltes sowie konsolidieren, dass sie sich danach – weiterhin begleitet, betreut und unterstützt – zutrauen, ihren Alltag wiederum allein zu bewältigen. Solange es Gewalt an Frauen in diesem Ausmaß gibt, sehe ich es geradezu als eine gesellschaftliche Notwendigkeit, derartige Einrichtungen anzubieten. Das finanzielle Engagement Privater sowie vielfältige Partnerschaften sind in diesem Zusammenhang wichtig zur Steigerung öffentlicher Aufmerksamkeit, dürfen aber nicht dazu führen, dass sich der Staat aus seiner Verantwortung zurückzieht. In Wien entstand bereits vor 30 Jahren, 1978, das erste Frauenhaus. Allmählich wurde aus dem Tabuthema ein allgemeiner Konsens, dass nämlich Gewalt in der Familie uns alle angeht und wer wegschaut mitschuldig wird. Um Einhalt zu gebieten, braucht es beherzte Nachbarn, Menschen, die das Schweigen brechen. Gewalt ist keine Lösung! Sie stillschweigend zu ignorieren und damit zu tolerieren ebenso

## STANDPUNKT

wenig. Gewalt betrifft die Gemeinschaft als Ganzes, wobei jede Art von Gewalt traditionsbedingte Wurzeln hat. Man kann also nicht den quasi „normalen“ österreichischen Eifersuchtsmord ausspielen gegen einen brutalen türkischen Ehrenmord. All diese Gewalttaten hängen mit dem kulturellen Umfeld zusammen. Sind es bei uns Besitzdenken, Eifersucht, Trennung und Scheidung, so ist es anderswo die verletzte „Ehre“. Moral- und Ehrbegriffe stellten zu allen Zeiten eine besondere Gefahr für Frauen dar. Diese Ursachen gilt es vorurteilsfrei anzusprechen. Gewalt an Frauen führt, wie wir wissen, aber auch zu ganz handfesten ökonomischen Belastungen. Die Gesellschaft zahlt die Folgen. Das sind Ausgaben, die viel besser in eine umfassendere Prävention gesteckt würden, wie es beispielsweise im Gesundheitswesen längst der Fall ist. In Österreich müsste viel mehr in Gewaltforschung investiert werden, in eine systematische Gefährlichkeitseinschätzung der Täter, in ein Ineinandergreifen sämtlicher relevanter Disziplinen von der Polizei bis zur Justiz. Gewaltschulung sollte in der juristischen Grundausbildung Pflicht werden. Daneben sollten zur besseren Identifizierung und zum Schutz von Hochrisikopersonen juristische Spezialdisziplinen und spezielle Abteilungen in Staatsanwaltschaften und Gerichten entstehen, ausgestattet mit allem internationalen Know-how. Es sollte also etwas geschehen, noch bevor etwas passiert.

## PROJEKT S.I.G.N.A.L.

## AUS DEN BUNDESLÄNDERN



S.I.G.N.A.L. - Netzwerk

# Krankenhauspersonal bei Gewaltopfern sensibilisieren

Dem medizinischen Fachpersonal fällt bei der gesundheitlichen Versorgung von Opfern häuslicher Gewalt eine Schlüsselrolle zu. „Viele Helfende sind mit den oftmals schwierigen Situationen überfordert. Das Projekt S.I.G.N.A.L. hat zum Ziel, sie dabei zu unterstützen und somit zu sensibilisieren“, betont Monika Lindermayr, Leiterin des Frauenreferates der Landesregierung.

Insgesamt 156 ärztliches und pflegerisches Personal, Hebammen, Arzthelferinnen und Stationsleitungen wurden im Rahmen von Seminaren bereits geschult. Dabei soll die häusliche Gewalt als mögliche Ursache und Kontext von Verletzungen, Erkrankungen oder Beschwerden erkannt werden, um den betroffenen Patientinnen eine adäquate Unterstützung anzubieten.

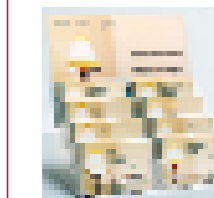
## Handlungsleitfaden

Das Interventionsprogramm bietet einen Handlungsleitfaden für das pflegerische und ärztliche Personal. Der Name S.I.G.N.A.L. steht für die einzelnen Handlungsschritte:

- S** Sprechen Sie Patientinnen an und signalisieren Sie Bereitschaft
- I** Interview mit konkreten, einfachen Fragen in einer geschützten Umgebung
- G** Gründliche Untersuchung alter und neuer Verletzungen
- N** Notieren und dokumentieren aller Befunde, damit sie gerichtsverwertbar sind
- A** Abklären des aktuellen Schutzbedürfnisses
- L** Leitfaden mit Notrufnummern und Unterstützungsangeboten

## Projektpartner

Signal ist ein gemeinsames Interreg-Projekt mit Konstanz. Auf Seiten des Landes Vorarlberg ist es das Vorarlberger Frauenreferat, die Sanitätsabteilung, die Krankenhäuser und die Interventionsstelle (IFS). Projektumsetzerin in Vorarlberg ist die Interventionsstelle (IFS). Das Projekt erhält Förderung aus Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung im Bereich Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein.



**Alle wichtigen Adressen, zusammengefasst auf einer „Notfallkarte“.**  
**Erhältlich im Frauenreferat der Landesregierung, T 05574/511-24112**



## Salzburg: GenderAlp!

Im Rahmen einer internationalen Fachtagung unter dem Titel „Standortfaktor: Mensch“ wurden in Salzburg die Ergebnisse des Projekts GenderAlp! präsentiert. Die länderübergreifende Partnerschaft zeigte auf, dass Chancengleichheit für Frauen und Männer in der Entwicklung ländlicher Regionen ein unverzichtbarer Wettbewerbsvorteil ist. Das wichtigste „Kapital“ in der Wettbewerbsfähigkeit unserer ländlichen Regionen ist das Know-how der Menschen.

Info: [www.genderalp.com](http://www.genderalp.com), [genderalp@salzburg.gv.at](mailto:genderalp@salzburg.gv.at)

## Kärnten: JUNO geht online!

Ab sofort sind die rund 300 Förderungen der Frauenförderbroschüre „JUNO-You Know!“ auch im Internet abrufbar. Frauen können unter dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“ noch effizienter zu den für sie relevanten Informationen kommen.

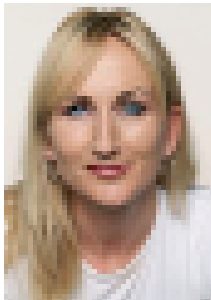
Info: [www.online-juno.at](http://www.online-juno.at)

## Niederösterreich: Regionales Mentoring Programm 2008

Das Mentoring Programm des NÖ Frauenreferats unterstützt Frauen, sich entsprechend aus- und weiterzubilden. Teilnehmen können die Mentees und Mentorinnen des Regionalen Mentoring Programms, aber auch jene Frauen, die in das „women network“ integriert sind. Thematisch befassen sich die Seminare mit dem Einmaleins der Business-Etikette, mit Mobbing im Berufsleben, mit Stimm-, Kommunikations- und Gedächtnistraining. Vermittelt wird anschaulich und kompetent, was im Berufsleben für Frauen wichtig ist.

Info: [www.noel.gv.at/frauen](http://www.noel.gv.at/frauen), [post.13@frauenreferat@noel.gv.at](mailto:post.13@frauenreferat@noel.gv.at), T 02742/9005/13286

## Salzburg: Wieder Lachen



Vor rund einem Jahr wurde die Salzburger Zahnärztin Dr.<sup>in</sup> Susanne Stockmayr-Sarmini (Foto) auf den deutschen Verein „Wieder Lachen“ aufmerksam. Dieser ermöglicht Frauen, die geschlagen wurden und dabei Zahnschäden erlitten, eine kostenlose Behandlung. Umgehend begann sie damit, das engagierte Konzept auch in Österreich umzusetzen. Die Patientinnen kommen über Frauenhäuser, den Frauennotruf oder über Psychotherapeutinnen. Ihnen wird kostenlos unbürokratisch ärztliche bzw. zahntechnische Hilfe angeboten, um ihnen wieder ein „Lächeln“ zu schenken. Momentan wird zudem am Aufbau eines nationalen Netzwerkes gearbeitet, damit betroffenen Frauen in ganz Österreich rasch geholfen werden kann.

Kontakt: [wiederlachen@smile.at](mailto:wiederlachen@smile.at)



Durch das Bundesgesetz zum Schutz vor Gewalt in der Familie können Polizei und Gericht den Gewalttäter aus der Wohnung weisen und ihm die Rückkehr sowie die Kontaktaufnahme verbieten.

(Aus der Broschüre der IFS-Interventionsstelle)